

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

nun stehen wir vor der Herausforderung, an einem Freitag, dem 13. einen Haushalt verabschieden zu wollen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen. Wir bedauern dies aufrichtig, und unter keinen Umständen möchten wir dieses Votum als Kritik an der Arbeit von Herrn Schünemann und seinem Team in der Kämmerei verstanden wissen, die wie in jedem Jahr außerordentlich viel Zeit und Energie in die Aufstellung eines trag- und genehmigungsfähigen Haushalt investiert haben, der keine Mängel erkennen lässt.

Ein Grund für unsere Ablehnung ist natürlich das uns unverständliche Vorgehen der Fraktionen der CDU, UWB und FDP bezüglich der Roten Schule.

In der zweiten Lesung des Haushaltes am 3. Dezember haben wir in einer Diskussion, die ich als intensiv, aber auch überaus sachlich und konstruktiv empfunden habe, Kompromisse zu verschiedenen Haushaltsposten, darunter dem Thema Kindergartenplanung, gefunden.

Verschiedene Aspekte dieser Planung, wie die Grundsatzentscheidung (Sanierung oder Neubau), damit einher gehende Arbeitsaufträge an die Verwaltung und nicht zuletzt die Bezeichnung des Haushaltspostens wurden beraten und im allgemeinen Einvernehmen geklärt. Im Februar, so die Vereinbarung, sollte das Thema dort diskutiert werden, wo es hingehört: im Fachausschuss.

Keine 24 Stunden später reißen drei Fraktionen dieses Rates eine der zentralen Übereinkünfte und damit das erzielte Vertrauen umgehend wieder ein.

Wofür haben wir eigentlich am vergangenen Dienstag so lange diskutiert? Aufgrund der zeitlichen Nähe muss ich jedenfalls davon ausgehen, dass die Absicht, den soeben beratenen Antrag zu stellen, bereits vor der zweiten Lesung des Haushaltes vorlag.

Da der Antrag in hohem Maße haushaltsrelevant ist, erlauben Sie mir, auf einige Details kurz einzugehen.

Als eine Begründung für das angestrebte Vorgehen werden mögliche zusätzliche Planungskosten genannt, die es zu vermeiden gelte. Das finde ich aus mehreren Blickwinkeln betrachtet seltsam. Zunächst fallen diese Kosten aufgrund des soeben gefällten Beschlusses zur Sanierung ohnehin an, da ja eine Feinplanung in jedem Fall erfolgen muss. Zudem hieß es unlängst von Seiten der Verwaltung, aus den 2 Millionen Euro als grobe erste Schätzung könnten auch ohne Weiteres 3 oder 4 Millionen werden. Angesichts dieser Beträge sollten Planungskosten im vier- oder auch fünfstelligen Bereich doch eher kein großes Problem darstellen.

Während bei der Erweiterung und Erneuerung des Bauhofs – die wir im Übrigen uneingeschränkt befürworten – ein strenges Kostendiktat auferlegt wird, scheint bei der Sanierung der Roten Schule, die ein Vielfaches an Geldern beanspruchen wird, die Zahl ganz vorn keine Rolle zu spielen. Mag sein, dass auch diese Kosten langfristig durch Mieteinnahmen gedeckt werden können. Dennoch entspricht das skizzierte Vorgehen nicht unserer Auffassung einer seriösen und umsichtigen Haushaltsführung, denn

Mehrkosten bleiben Mehrkosten und sollten weitestgehend vermieden werden.

Des Weiteren wird in Aussicht gestellt, bei schneller Beschlussfassung könnten eventuell noch in den kommenden Wochen vorbereitende Arbeiten durch den Bauhof erledigt werden. Das wäre schön – doch dass der Bauhof, der zumindest auf unsere Anfragen hin stets als reichlich ausgelastet dargestellt wird, nun mal eben innerhalb weniger Wochen das Gebäude ausräumen und für die Sanierung vorbereiten kann, erscheint uns doch relativ fraglich.

Ich könnte zu der geplanten Maßnahme noch einiges anmerken, sei es zu den zu erwartenden Einschränkungen bei einer Sanierung im laufenden Betrieb, der Belastung der Kinder durch Baulärm oder den jüngst öffentlich gemachten Bedenken der Eltern. Am Schluss ist es aber nicht unser Antrag, und nicht wir müssen diese Sorgen und Fragen hier beantworten.

Jedenfalls finde ich es schade, dass die vage Aussicht auf ein paar Wochen Beschleunigung für drei Fraktionen dieses Rates Anlass genug ist, die einhellige Absprache aus dem HFA postwendend über Bord zu werfen und mit geübten und bewährten Konventionen – hier der Rücksicht auf Beratungsbedarf anderer Fraktionen – zu brechen.

Und auch die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage trägt leider zur Ernüchterung bei. Wir hätten nach Eingang des Antrages die klare Erwartung gehabt, dass hier auf die am 3. Dezember entstandene Beschlusslage verwiesen wird. Nichts ist davon zu sehen. Statt dessen mussten wir in den letzten Tagen unnötige Zeit und Energie bei dem Versuch verwenden, für einen eigentlich geklärten Ablauf neue Kompromisse zu erzielen. Als nicht am Antrag beteiligte Fraktion sehe ich uns nach wie vor nicht in der Pflicht, hier neue Zugeständnisse zu machen.

Ein weiterer Punkt, der uns schon vor dem nun hinreichend kommentierten Antrag zumindest kritisch auf den Haushalt hat schauen lassen, sind die vorgeschlagenen Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer.

Die vom Bundesverfassungsgericht beschlossene Neubewertung liegt nicht in unserer Verantwortung, gleichwohl ist es wie so oft an uns, die Beschlüsse auf unserer, der entscheidenden, kommunalen Ebene, umzusetzen.

Dem Ansatz der Verwaltung, das Steueraufkommen als Ganzes unverändert zu lassen und die Novellierung der Steuern nicht für eine verdeckte, eigene Erhöhung zu nutzen, stimmen wir grundsätzlich zu.

Allerdings sollten wir alle uns erinnern, in welcher Funktion wir hier sitzen: als Vertreterinnen und Vertreter der Menschen, die uns in diesen Rat gewählt haben. Leider wird mit den nun beschlossenen Hebesätzen eine große Chance verpasst, etwas für diese Menschen zu tun. Die einseitige und erhebliche Erhöhung der Grundsteuer läuft unserer Auffassung einer sozial verträglichen Umsetzung des neuen Rechts eklatant zuwider.

Privateigentümer haben nicht die Möglichkeit, die Belastungen steuerlich geltend zu machen. Und, im Gegensatz zu Gewerbetreibenden, ebenso nicht die Möglichkeit, mithilfe ihres Eigentums Erlöse zu erzielen.

Die Befürchtung, dass wir bei der von uns beantragten Differenzierung möglicherweise

Einbußen in Höhe von mehr als 200.000 Euro zu verkraften hätten, können wir zumindest in diesem Maße nicht nachvollziehen. Immerhin handelt es sich nach wie vor um einen Anteil der Gewerbesteuer – und wenn dieser auf Null sinken würde, würde dies ja bedeuten, dass überhaupt keine Gewerbesteuer mehr verbucht würde. Das ist erstens wenig realistisch, und wenn es zweitens doch auch nur ansatzweise eintreite, könnte uns eh kein noch so sicheres Konstrukt vor dem Einbruch der Einnahmen retten.

Zudem ist es ja durchaus gut möglich, dass die Steuereinnahmen sich langfristig positiv entwickeln. In jedem Fall steht die Erhöhung der Grundsteuer von 550 auf fast 900 Hebesatzpunkte für uns in keinem Verhältnis zu einer Anpassung von kaum 5 Prozent bei der Gewerbesteuer, die notwendig wäre, um das Ungleichgewicht aufzufangen.

Natürlich wäre auch mit unserem Vorschlag nicht für jedes einzelne Privatgrundstück eine Mehrbelastung zu vermeiden. Dies ist allerdings kein spezieller Makel unserer Idee, sondern gilt für jede wie auch immer gestaltete Anpassung der Steuersätze, da das zugrunde liegende, von uns im Kern nicht zu beeinflussende System derlei Unschärfen stets beinhaltet.

Die durch die neue Gesetzgebung ohnehin entstandene Notwendigkeit einer Anpassung stellt eine günstige Gelegenheit dar, bei unseren Steuersätzen zumindest etwas mehr soziale Gerechtigkeit walten zu lassen. Leider wird diese Gelegenheit nun wohl ungenutzt verstreichen.

Bei allen Ärgernissen haben sich im Zuge der Haushaltsberatungen aber auch erfreuliche Entwicklungen ergeben.

Wir freuen uns, dass alle Fraktionen unserem Antrag zur Errichtung einer Bürgerstiftung positiv begegnen. Nein, auch eine solche Stiftung wird uns insgesamt aus finanzieller Sicht nicht retten. Aber dennoch bietet sich hier – noch, denn der Freiraum für freiwillige Leistungen wird angesichts der mittelfristigen Finanzplanung sicher nicht größer – die Chance, Gelder für Projekte und Verbesserungen im Stadtgebiet zu generieren, die nicht sofort dem allgemeinen Spardiktat, dem der städtische Haushalt aus guten Gründen unterliegt, zum Opfer fallen.

Auch den Kompromiss, im Wolfsiek spätestens 2026 Straßenlaternen zu errichten, begrüßen wir. Es ist durchaus schon einige Zeit ins Land gegangen, seit wir den ursprünglichen Antrag gestellt haben. Der Gedanke, für das gesamte Stadtgebiet ein einheitliches Vorgehen in Form eines Ausbauplans zu erarbeiten, war und ist ohne Frage richtig. Unsere Anmerkung, dass der Wolfsiek angesichts der großen Zahl an Kindern und Jugendlichen, die sich dort zum oder vom Training begeben, in eine höhere Kategorie einzustufen ist, fand zu unserer Erleichterung ebenfalls Anklang im Ausschuss.

Ich hatte im Zuge der zweiten Lesung im HFA die Frage aufgeworfen, ob sich denn alle Fraktionen auch an diese Vereinbarung gebunden fühlen. Die Befürchtung stand im Raum, dass nach mehreren Verzögerungen womöglich auch in der nächsten Haushaltsberatung wieder Gründe gefunden werden, dieses von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern per Unterschrift befürwortete Vorhaben erneut zu verschieben. Alle Beteiligten haben einhellig bekundet, dass sie auch in den kommenden Jahren zu der beschlossenen Priorisierungsliste stehen.

Ich hoffe, auch im Lichte der Beratungen zur Roten Schule, dass sich alle Fraktionen auch im nächsten Jahr noch daran erinnern. Wir werden die Absprache nicht vergessen.

Darüber hinaus befürworten wir grundsätzlich die Einstellung von Haushaltsmitteln für Projekte in den Ortsteilen. Dass diese mit einem Sperrvermerk versehen werden, ist folgerichtig. Wir wollen nicht einfach pauschal Gelder auf den Tisch legen, sondern wie in der Vergangenheit projektbezogen arbeiten.

Unsere Fraktion steht nach wie vor zu der schon mehrmals erfolgreich praktizierten Drittelregelung – wenngleich diese nicht immer auf Euro und Cent genau eingehalten werden kann, hat sich diese prinzipielle Vorgehensweise doch inzwischen hinreichend bewährt.

Allgemein wäre es wünschenswert, wenn wieder mehr der politische Wille – und nicht die Frage, ob Fördergelder zu generieren sind – das Handeln und die Entscheidungen dieses Rates bestimmen würde. Dies ist kein Plädoyer dafür, leichtfertig Zuwendungen liegen zu lassen, sondern vielmehr der Wunsch, die planerische Autonomie der Kommunen zu stärken. Dies muss unserer Ansicht nach völlig unabhängig von parteipolitischen Überlegungen ein zentrales Anliegen dieses Gremiums sein.

Denn nicht nur wir betrachten den planerischen Stillstand in der Innenstadt mittlerweile mit großer Sorge. Vor über zwei Jahren haben wir eine umfangreiche Auftaktveranstaltung erlebt, haben die Wünsche der Kinder und Jugendlichen, der Gewerbetreibenden eingeholt und ein Planungsbüro auf den Weg geschickt, dies in konkrete Ideen und Ansätze umzuformen. Und dann? Die zusätzlichen Veranstaltungen, die auch mit Hilfe unseres Citymanagers ins Leben gerufen wurden, stellen sicher einen Mehrwert dar. Darüber hinaus tat und tut sich aber viel zu wenig.

Darüber hinaus könnte ich ebenfalls zu den unmäßigen und weiter steigenden Transferaufwendungen Stellung nehmen und den üblichen Appell hinsichtlich einer umsichtigen Finanzpolitik an uns alle richten. Aber da ich hierzu nichts wirklich Neues beitragen kann und Ihre Geduld nicht überstrapazieren möchte, fasse ich mich kurz. Unsere Fraktion hat jedenfalls – Stichwort Sanierung Holstenkamphalle, Stichwort Kauf eines Baggers für den Bauhof – schon einige Anstöße geliefert, um die Ausgaben im nächsten Jahr im besten Fall da und dort zu vermindern.

Ich wünsche mir, dass wir im neuen Jahr die Energie finden, die Ideen, die ja auf dem Tisch liegen, aktiv anzugehen, statt nur auf Signale und Gelder zu warten.

Ich wünsche mir, dass über diese und alle anderen Vorhaben intensiv in den zuständigen Fachausschüssen diskutiert wird – und nicht unter „ferner liefen“ in den städtischen Mitteilungen oder in interfraktionellen Aussprachen.

Ich wünsche uns allen eine gute Hand bei den zu treffenden Entscheidungen. Diesen Rat und seine Ausschüsse hat Zeit meiner Tätigkeit stets ausgezeichnet, sachbezogen und respektvoll alle Beratungen zu führen, die anstanden – sei es aus eigenem Antrieb oder auch durch Weichenstellungen übergeordneter Organe vorgegeben.

Bleiben Sie alle gesund und engagiert und handeln Sie weiterhin nach diesen Maximen, dann ist mir um unsere Stadt nicht bange.

Wie eingangs angekündigt, wird unsere Fraktion den Haushaltsentwurf für 2025 ablehnen. Wir danken Herrn Schünemann und seinem Team nicht nur für die Aufstellung des Haushalts, sondern auch für die wie immer sehr offene und fachkundige Begleitung des

gesamten Beratungsprozesses. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.